

Einwohnerrat Liestal
Sozialdemokratische Fraktion

Interpellation

Sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Beschaffung

IAO-Kernübereinkommen im Beschaffungswesen

(IAO = Internationale Arbeits-Organisation der UNO mit Sitz in Genf)

Die öffentliche Hand beschafft in der Schweiz pro Jahr für rund 34 Milliarden Sfr. Waren, Dienst- und Bauleistungen - davon der Bund 19%, die Kantone 38% und die Gemeinden 43%. Diese Summe entspricht 25% der Staatsausgaben und etwa 8% des Bundesinlandprodukts. - Das öffentliche Beschaffungswesen kann deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung und zur Lebensqualität der Menschen bei uns und in Billiglohn- und Schwellenländern leisten.

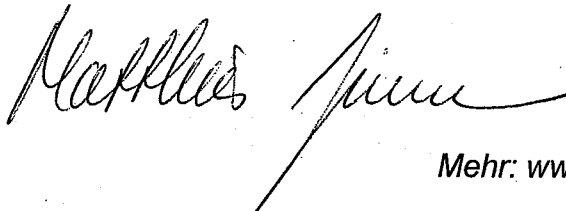
Bereits heute muss das Beschaffungsrecht gewisse soziale Kriterien erfüllen: So darf ein Auftrag beispielsweise nur an Anbieter/innen vergeben werden, welche die Lohn-gleichheit von Mann und Frau gewährleisten. Der Bund fasst die Instrumente zur Umsetzung ökologischer und sozialer Normen im öffentlichen Beschaffungswesen unter dem Begriff «Integrierte Produktpolitik» (IPP) zusammen. Produkte und Dienstleistungen sollen über ihren gesamten Lebenszyklus (Planungs-, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase) hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen (Strategiebericht des Bundesrates zur Nachhaltigen Entwicklung 2002 und 2007). Dies betrifft u.a. das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, das Verbot der Kinderarbeit sowie die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. - Die Pflicht zur Einhaltung der IAO-Kernübereinkommen ist mit dem WTO-Recht vereinbar. Die IAO hat diese Übereinkommen 1998 zum menschenrechtlichen Grundstandard erhoben, sie müssen von allen Staaten eingehalten werden.

Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen verhindert nur ein fairer Handel, dass soziale und ökologische Dumpingangebote – auch bei uns - KMUs aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten. Nur bei einem wirtschaftlichen Gedeihen der Länder des Südens und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für alle kann die Armut in diesen Ländern bekämpft und den Ursachen für Migration und Terrorismus der Boden entzogen werden. Dazu leisten auch die Schweiz, alle Kantone und Gemeinden ihren Beitrag.

Wir fragen deshalb den Stadtrat - und danken zum Voraus für die Antworten:

- Wie/wieweit berücksichtigt die Stadt Liestal die erwähnten Einkaufskriterien ?
- Gibt es entsprechende Weisungen ?
- Sind/werden die städtischen Angestellten dafür geschult/sensibilisiert ?

Matthias Zimmermann



19. September 2008

Mehr: www.kehrseite.ch